

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 36 (2017)

Heft: 70

Artikel: Mit Sicherheit kein Frieden : Militarisierung der Europäischen Union und die Politik Österreichs

Autor: Roithner, Thomas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-781000>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mit Sicherheit kein Frieden

Militarisierung der Europäischen Union und die Politik Österreichs

Katastrophen und Kriege haben seit dem vermeintlichen Ende der geopolitischen Konfrontation 1989 dafür gesorgt, dass sich die Aussen-, Sicherheits- und Militärpolitik der EU «weiterentwickelt» hat. Das trifft natürlich in unterschiedlicher Intensität auch auf die einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu. «Weiterentwickelt» sagen Politikmehrheiten, Militärs und die Rüstungsindustrie. Eine «Militarisierung» und «Versicherheitlichung» belegen kritische Stimmen. Der völkerrechtswidrige Kosovokrieg der NATO hat 1999 beinahe zeitgleich zur Herausbildung einer 60 000 SoldatInnen starken EU-Eingreiftruppe (EU Rapid Reaction Force) geführt und für diese als Katalysator gewirkt. Offen bleibt bis heute: Darf und wird die EU künftig auch völkerrechtswidrig Krieg führen und warum soll Putin auf dieser Basis nicht auch auf der Krim einmarschieren dürfen?

9/11 in den USA brachte auch auf dieser Seite des Atlantiks das sensible Verhältnis von Freiheit und Sicherheit erheblich durcheinander. Die Ablehnung des Nizza-Vertrages (EU 2001) durch Irland – die einzige Volksabstimmung zu diesem Vertrag – war ein ausschlaggebender Punkt, um ein sicherheitspolitisches Kerneuropa auf den Weg zu bringen. Dies erfolgte mit der Zielsetzung der Erleichterung von EU-Militäreinsätzen. Die Terroranschläge von London und Madrid liessen die Verteidigungsagentur – vorher ehrlicherweise Rüstungsagentur genannt – losarbeiten und kaum eine Krise vergeht, anlässlich der nicht eine Euro-Armee gefordert wird. Eine sozialdemokratische Konsequenz aus dem Brexit war die Forderung nach einem europäischen FBI und einem schlagkräftigen militärischen deutsch-französischen Kerneuropa. Und mit den Flüchtenden aus Syrien, Somalia, Irak oder Afghanistan kommen EU-weit die Sicherheitspakete. Beinahe jede Krise brachte unverhältnismässig viel Versicherheitlichung, Aufwertung des Militärs und Überwachung, jedoch viel zu wenig Krisenprävention und ziviles Krisenmanagement. Krisen durch die Brille des Militärs zu betrachten und dementsprechend zu handeln, zeitigt eine Reihe von Kollateralschäden.

Der Friedensforscher Johan Galtung (1993, 142f.) betrachtet die Idee der Europäischen Gemeinschaft (EG) als «ein brillantes Stück friedensstiftender Politik, da sie in einer Konföderation ehemalige Feinde zusammenbringt und einen Krieg zwischen ihnen praktisch undenkbar macht». Dieser Gedanke stand auch bei der Entscheidung um den Friedensnobelpreis für die EU im Jahr 2012 Pate.

Jedoch schon rund um den EG-Vertrag von Maastricht sah Galtung (ebd.) «eine neue Supermacht [...] mit enormen, zentralisierten aussenpolitischen und auch bellizistischen Kapazitäten».

Es ist keine akademische Fingerübung, die Begriffe Sicherheit und Frieden auseinanderzuhalten. Sicherheit wird als Zustand beschrieben, in dem sich Individuen oder auch Staaten nicht von ernststen Gefahren bedroht fühlen (Meier/Nelte/Huhn 2008, 410). Frieden in seiner umfassenden Bedeutung geht über direkte Gewalt hinaus und schliesst auch soziale, wirtschaftliche, ökologische, demokratiepolitische, verteilungspolitische, menschenrechtliche und kulturelle Fragen samt den Gewaltstrukturen mit ein (Galtung 1975).

Aussenpolitik und Versicherheitlichung

Die EG-Kommission erklärte 1995 anlässlich des Beitritts der neutralen Staaten Österreich, Finnland und Schweden, dass die Neutralität «Probleme aufwirft» (*Wiener Zeitung*, 14.8.1991). Die neuen EG-Mitglieder gesellten sich zu Staaten, von denen einige einen an Neokolonialismus erinnernden Aussenpolitikstil pflegen. Dazu kamen später mit der Osterweiterung Länder, die – mit Blick nach Osten – schneller in die NATO als in die EU wollten. Ein bunter Strauss von derzeit 28 Aussenpolitiken, die mit einer «gemeinsamen Stimme» sprechen sollten. Die aktuelle Flüchtlingspolitik, die Fragen um die Anerkennung von Palästina und Kosovo, die Russland-Sanktionen, die Haltung zur Konfliktlösung im Syrienkrieg oder zur Legitimität von Atomwaffen zeigen, dass die «gemeinsame Stimme» der EU-28 von Uneinigkeit geprägt ist. Warum soll man diesen 28 nun eine Euro-Armee, einen dicken Auftragsblock für die Rüstungsindustrie und noch mehr rascher einsetzbare globale Interventionstruppen zur Durchsetzung ihrer uneinigen Interessen zur Verfügung stellen? Selbst die ParteigängerInnen einer EU-Militärmacht beantworten dies eher ungerne. KritikerInnen meinen, dass eine Armee und militärische Muskeln Aussenpolitik nicht ersetzen darf. Im besten Fall ist das Setzen auf die militärische Karte wirkungslos, im schlimmsten Fall gefährlich.

Die Globalstrategie der EU aus dem Jahr 2016 hat eine Reihe von Beispielen parat, wenn sie meint: «Unsere Interessen und Werte gehen Hand in Hand.» (EU 2016, 13) EU-Werte wie Menschenrechte, Armutsbekämpfung, Gleichstellung und Rechtsstaat sind offenbar immer auch gleich nationale Wirtschaftsinteressen oder EU-Ressourceninteressen. Ebenso Hand in Hand gehen in der EU-Strategie «Soft Power und Hard Power» (ebd., 7). Jedenfalls bekräftigt die EU ihr «Interesse an fairen und offenen Märkten» (ebd., 9). Während die einen Wohlstand, Fairness und die Verhütung von Konflikten aus dem Dokument herauslesen, sehen andere in den «militärischen Spitzenfähigkeiten» (ebd., 36) ein Aufrüstungsprogramm. Auch die EU-Militärmacht und die EU-Handelsmacht gehen Hand in Hand und

bilden je eine Seite der Medaille. Dabei formen Geopolitik und Geoökonomie ein Amalgam, so Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater (2008, 303).

Die EU verfolgt den sogenannten «kohärenten Ansatz». Verschiedene Politikbereiche – Handels-, Wirtschafts-, Justiz-, Militär- oder Entwicklungspolitik – greifen ineinander und sollen effizient funktionieren. Im Grunde ist das ein Mehrwert der EU. Der Ansatz sagt jedoch nichts über die Richtung der Politik aus. Erstrebenswert sind nicht nur Effizienz, sondern eine friedensfähige Handelspolitik, eine friedensfähige Wirtschaftspolitik und eine friedensfähige Ressourcenpolitik. Die politische Forderung nach «mehr Europa» heisst im Bereich Sicherheit heute «mehr Militär». Frieden jedoch bedeutet mehr, als militärisch nicht bedroht zu werden. Die EU blinkt Richtung «sozialere EU» und biegt Richtung Militärmacht ab.

Die aktuell in Österreich zu beobachtende Verschiebung von unterschiedlichen zivilen, polizeilichen und justiziellen Aufgaben in Richtung Armee – in deren Verantwortung oder Teilverantwortung – ist aktuell in zahlreichen Staaten der EU zu sehen. Der Begriff Versicherheitlichung («securitization») bedeutet, den klassischen Sicherheitsinstrumenten – Militär, Rüstung und Mauerbau – überproportionales Gewicht zu geben. In der Folge verlieren zivile Ansätze in der Debatte und Umsetzung an Bedeutung (Brzoska 2008, 196).

Armee gegen Schlepper, Armee an der Grenze, Armee gegen Botschaftsbedrohungen, Armee gegen Bedrohungen aus dem Internet, Armeeflugzeuge schieben Geflüchtete ab, Armee übernimmt Häftlingstransporte und Armee gegen das, was man für Bedrohung hält. All das schafft neue Jobs in Armee, Geheimdienst und Rüstungsindustrie. Nach dem Sicherheitskabinett ist die Antiterrormauer und die Präsidentschaftskanzlei um das Kanzleramt am Wiener Ballhausplatz der jüngste Coup. Beim Studium bunter, auflagenstarker Tageszeitungen mag der Eindruck entstehen, das Regierungsprogramm gerinne zur Sicherheitsdoktrin. Bei der Geschwindigkeit, mit der in Österreich die Formel «Militär ist Polizei ist Militär» durchkalkuliert wird, sind politische Rechenfehler fast ein Naturgesetz. Christian Kern (Sozialdemokratische Partei, SPÖ), Sebastian Kurz (Österreichische Volkspartei ÖVP/Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei) und Heinz-Christian Strache (Freiheitliche Partei, FPÖ) verfolgen nicht selten in Teilen eine ähnliche politische Stossrichtung. Die FPÖ muss «ihr» Thema nunmehr teilen. Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) paktiert mit der NATO in der Migrationscausa und gefällt sich in der Rolle als Sicherheitsminister. Sebastian Kurz will nach der Balkanroute auch das Mittelmeer schliessen. Europaweit werden analoge Forderungen mit unterschiedlicher Reichweite umgesetzt. Sicherheitspolitische Entscheide, die Bürgerrechte aushebeln, werden durchgewunken. Die gesellschaftliche Debatte entfällt. Dementsprechend wird die Erhöhung des österreichischen Militärbudgets um 1,3 Milliarden Euro geplant (das Budget 2017 beträgt 2,32 Milliarden Euro), wobei einzelne Projekte – wie das «Luftpaket» – noch zusätzlich finanziert werden.

All dies wurde medial gut vorbereitet. Schon 2013 fasste die «Österreichische Sicherheitsstrategie» (Federal Chancellery of the Republic of Austria 2013, 7) die Herausforderungen und Bedrohungen für Österreich und die EU sehr breit: Cyber Attacks, Wirtschaftskriminalität, nicht gelingende Integration, Ressourcenknappheit, Klimawandel, Bedrohung der Verkehrswege oder die sicherheitspolitischen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Ein gerüttelt Mass ziviler Probleme wird versicherheitlicht oder es wird versucht, Teile der Lösungskompetenz der Armee zuzuschlagen (Roithner 2017, 94). Sicherheitsapparate verfügen über einen Werkzeugkasten, der in Demokratien weder ökologische, wirtschaftliche noch verteilungspolitische Instrumente aufweist. Frieden und Sicherheit unterscheiden sich konzeptionell sowie in den zur Verfügung stehenden Methoden.

Auslandseinsätze

Die Aussen- und Sicherheitspolitik der EU bietet für ursachenorientierte zivile Politik zahlreiche falsche Abzweigungen. Einige EU-Militäreinsätze befinden sich im Spannungsfeld der Interessen Deutschlands und Frankreichs. Die Schnittmenge zwischen deutscher «Verantwortung» und neokolonialen Interventionsgeruch sind hoch umstrittene EU-Militäreinsätze wie jener im Kongo oder im Tschad. Die «battle groups» der EU trainieren u. a. für Kampfeinsätze in Wüsten, Hochgebirge, Städten und Dschungel (Quille 2006). Der Europäische Rat hat 2009 ausdrücklich festgehalten, dass «battle groups-Operationen unter einem Mandat des UN-Sicherheitsrates abgewickelt werden, obwohl Operationen vorstellbar sind, bei denen der UN-Sicherheitsrat nicht als notwendig erachtet wird». Im Jahrbuch des Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) wird dargelegt, die Missionen «reflektieren oftmals die ehemalige koloniale Zuständigkeit» (Bailes/Cottey 2010, 166).

Auslandseinsätze sind die Visitenkarte der Aussen- und Sicherheitspolitik der Union. Die bisher 36 Einsätze, davon 20 abgeschlossen und 16 laufende, weisen einen zivilen, militärischen oder zivil-militärischen Charakter auf (EEAS 2017a). Afrika und der Balkan sind die räumlichen Schwerpunkte. Numerisch sind zwei Drittel der Einsätze zivil, ein Drittel sind Militäreinsätze. Über ein Dutzend der zivilen Einsätze hatten bzw. haben ein Personalkontingent von weniger als hundert Personen. Betrachtet man die eingesetzte Personalstärke aller Einsätze, so sind rund achtzig Prozent des Personals Militärangehörige (EU ISS 2017, 20; EEAS 2017a). Das Zivilpersonal besteht zu bedeutenden Teilen aus Polizei und auch aus unbewaffneten Militärangehörigen. Für Konfliktbearbeitungsprozesse ist es – Ausnahmen bestätigen die Regel – nicht unerheblich, ob dafür ausgebildete ZivilistInnen oder unbewaffnete Militärangehörige im Feld aktiv sind. Eine Zivilmacht sieht anders aus. Der Begriff «Verteidigung» wurde

im EU-Kontext zu einem Orwell'schen Begriff und steht nicht selten für militärisches Eingreifen.

Eine parlamentarische Anfrage zeigt eine unschöne Facette der österreichischen Teilnahme (BMEIA Anfragebeantwortung, 28.1.2015). In die 32 Auslandseinsätze hatte Österreich 671 Personen entsandt. Auf den Zivilbereich entfallen 67, also 9,99 Prozent. Ohne Polizei beträgt der Anteil lediglich 2,09 Prozent. Das EU-Parlament gibt an, «dass – wegen der Tatsache, dass der Schwerpunkt hauptsächlich auf die militärische Dimension der [Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik] ESVP gelegt wird – im Bereich der zivilen Fähigkeiten und der Konfliktverhütung Fortschritte viel zu langsam erreicht werden» (EP 2009, point 43).

Steigende Rüstungsausgaben

Die Globalstrategie der EU aus dem Jahr 2016 schreibt fest: Es «müssen die Mitgliedstaaten Mittel in ausreichender Höhe für Verteidigungszwecke bereitstellen». Dem «Vertrag von Lissabon» (EU 2007) ist zu entnehmen, die Mitgliedstaaten «verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern». Die Globalstrategie präzisiert und vertieft: Es «benötigen die Mitgliedstaaten bei den militärischen Spitzenfähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen [...]. Dies bedeutet, dass das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten [...] zur Verfügung stehen muss.» (EU 2016, 45) Der EU-Gipfel zu Rüstungsfragen (EU 2013, 5f.) fordert ferngesteuerte Flugsysteme, Luftbetankung und Satellitenkommunikation. Die vormalige hohe Vertreterin für die Aussen- und Sicherheitspolitik der EU, Catherine Ashton, hat dies zeitgleich in einem *Standard*-Zeitungskommentar übersetzt: «Wer Frieden will, muss sich rüsten.» (*Der Standard* vom 20.12.2013) Ein Jahr nach der Verabschiedung der Globalstrategie (EU 2016) führte die hohe Vertreterin der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini aus, dass «in diesem Feld in den letzten zehn Monaten mehr erreicht wurde als in den letzten zehn Jahren» (Mogherini 2017, 5).

In den letzten Jahren lagen die USA betreffend Exporte konventioneller Waffen an der Weltspitze, gefolgt von Russland und den EU-Staaten. Von den zehn grössten Waffenexporteuren liegen nach aktuellen Daten (Sipri 2016) sechs in der EU (Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, Spanien, Italien, Niederlande). Noch vor wenigen Jahren waren die EU-Staaten gemeinsam Rüstungsexportweltmeister.

Im Juni 2017 wurde der European Defence Fund von der EU-Kommission präzisiert. Das Ziel ist, «den Mitgliedstaaten zu helfen, das Geld der Steuerzahler effizienter auszugeben» (European Commission 2017a). Der Fonds umfasst zwei Bereiche, nämlich Forschung und Entwicklung. Bis 2020 sollen – vollständig und

von der EU direkt finanziert – jährlich 90 Millionen Euro zur Verfügung stehen. In der Periode nach 2020 soll der Beitrag auf jährlich 500 Millionen anwachsen. Im Bereich «Entwicklung» sind bis 2020 rund 2,5 Milliarden budgetiert (2 Milliarden der Mitgliedstaaten und 500 Millionen der Kommission). Danach werden jährlich 5 Milliarden in Aussicht gestellt, wobei die Mitgliedstaaten die Hauptlast tragen sollen. Ab 2020 ergibt dies einen Finanzierungsbedarf von 5,5 Milliarden Euro für den European Defence Fund. Wenn es zu keinen Änderungen des Gesamtbudgets kommt, so bedeutet die Ausweitung der Ausgaben in diesem Bereich eine Einsparung in anderen Politikbereichen. Die EU-Kommission (2017b) verlangt, dass entsprechende Beiträge in den nationalen Budgets eingestellt werden. Der sonst so hochgehaltene freie Markt wird im EU-Rüstungsbereich in Teilen ausser Kraft gesetzt. Staatsschulden zur Erhöhung des Sozialbudgets sind verpönt. Schulden zum Kauf von Waffen werden salonfähig. Die EU macht der Bevölkerung diese Ausgaben über das Arbeitsplatzargument schmackhaft.

Hierarchisierung der Nationalstaaten

Jean-Claude Junckers «EU der verschiedenen Geschwindigkeiten» ist in der Sicherheits- und Rüstungspolitik zumindest auf dem Papier schon weit gediehen. Ihr Ziel ist nicht die Überwindung der Nationalstaaten, sondern deren Hierarchisierung. Der Vertrag von Lissabon kennt betreffend Auslandseinsätze zwei Modelle: die Beauftragung einer Staatengruppe und eine Ständig Strukturierte Zusammenarbeit (EU-Vertrag von Lissabon, Artikel 42.5, 42.6). Die Kriterien sind ausschliesslich militärisch oder rüstungsindustriell definiert (Ambitionsniveau für Militäreinsätze, Beteiligung an EU-Rüstungsprojekten, Mindestausgaben pro SoldatIn) (Rehrl/Weisserth 2010, 30f.), zivile Komponenten sind dem deutsch-französisch dominierten sicherheitspolitischen Kerneuropa unbekannt. Das Kerneuropa der Sicherheit stellt sich als autoritäre Vertiefung der EU dar. Die politisch Willigen und militärisch Fähigen geben den Ton an, wenngleich es heute für Militäreinsätze die Zustimmung aller EU-Staaten braucht. In der Rüstungsindustrie bereits umgesetzt wird die Zusammenarbeit der Fähigen und Willigen, beispielsweise in den Bereichen Drohnen, Weltraum oder Seestreitkräfte.

«Härtere Bandagen» – EU-Ressourcensicherung

Bereits zu Beginn der 1990er-Jahre haben die Armeen der EU-Staaten die Sicherung von Ressourcen zur militärischen Aufgabe erklärt. Die deutsche Bundeswehr bekräftigte 1992 in den «Verteidigungspolitischen Richtlinien» die «Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirt-

schaftsordnung» umzusetzen. Die französische oder britische Haltung gilt diesbezüglich traditionell als ebenso wenig zurückhaltend.

Im Jahr 2016 verzeichnete das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK 2017) 402 Konflikte unterschiedlicher Gewaltintensität. Davon hatten 98 eine Ressourcendimension. 18 Konflikte auf höchster Eskalationsstufe wurden als Krieg bezeichnet. Von diesen hatten 9 Kriege eine Ressourcendimension. Das zeigt unmissverständlich, dass Konflikte um Ressourcen auch im Kleid der Sicherung der Menschenrechte, des Engagements gegen Terrorismus, der Militärpräsenz in Sinne der Sicherung einer «good governance» oder künftig vielleicht im Gewand der «responsibility to protect» auf uns zukommen. Nicht wenige Auslandseinsätze der EU hatten und haben zumindest einen indirekten Zusammenhang mit der Sicherung von Ressourcen (u. a. EU-Marineinsatz am Horn von Afrika, EU-Militäreinsatz im Tschad oder Kongo, EU-Einsätze in Georgien oder Libyen). Im Zusammenhang mit der militärischen Sicherung von Öl und Gas hat der alternative Nobelpreisträger Hermann Scheer (1993, 39) bereits 1993 den Begriff «Energie-Imperialismus» geprägt.

Die «EU-Sicherheitsstrategie» hat 2003 festgestellt, dass die Energieabhängigkeit ein «Anlass zur Besorgnis» ist. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wenn der ehemalige deutsche Energiestaatssekretär Joachim Wuermling 2006 meinte: «Im globalen Kampf um Energiequellen muss die EU härtere Bandagen anlegen.» Das EU-Institut für Sicherheitsstudien in Paris hat fiktive Szenarien für Rohstoffkriege unter Beteiligung von 60 000 EU-SoldatInnen entworfen (EU ISS 2004).

Mahatma Gandhi wird von der Umwelt- und Friedensbewegung sinngemäß oft mit den Worten zitiert, dass die Welt genug für alle, aber nicht für die Gier von wenigen hat. Die globale Unordnung von militärisch ausgetragenen Konflikten und wirtschaftlichen Machtübergängen – gekennzeichnet durch den Bedeutungsgewinn Chinas – begünstigt das Durchbrennen zivilisatorischer Sicherungen. Und letztendlich ist die Abkehr vom fossilen Energiezeitalter nicht nur eine friedenspolitische, sondern auch eine ökologische Frage und eine der Gerechtigkeit.

Globale Ordnung und Gewaltverbot

Die UNO im Allgemeinen und das völkerrechtlich verankerte Gewaltverbot im Besonderen sind für die friedlichen Beziehungen der Staaten von herausragender Bedeutung. Unabhängig davon, ob die Welt amerikanisiert, europäisiert oder sinisiert wird, braucht es akzeptierte Gestalter künftiger wetterfester Ordnungsstrukturen. Die UNO verfügt auf institutioneller Basis über wichtige Ansätze einer umfassenden Friedenspolitik, die weit über den engen Sicherheitsbegriff hinausgehen. Das Umweltprogramm (UNEP), das Entwicklungsprogramm

(UNDP) oder das Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) sind nur Beispiele, die nicht nur um die Wirtschaftsinteressen eines Blocks von Staaten kreisen. Aber auch im Sicherheitsbereich ergeben sich im UN-Kontext Möglichkeiten für Abrüstung und Rüstungskontrolle (Internationale Atomenergie-Organisation, IAEA; Organisation über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen, CTBTO). Die Möglichkeiten der UNO dürfen jedoch nicht von der Kritik befreien und sind mit der Reform der Weltorganisationen zu verknüpfen. Dies betrifft beispielsweise die Zusammensetzung des UN-Sicherheitsrates oder die unterschiedlichen Problembereiche von UN-Einsätzen (mangelnde Zusammenarbeit, machtlose Mandatierungen oder Prostitution).

Frieden und Sicherheit entwickeln sich in Österreich tendenziell zu einer institutionellen Monokultur. Augenscheinlich ist zudem, dass sich die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik «in vollständiger Komplementarität mit der NATO» (EU 2013, 2) entwickelt. Die EU-Globalstrategie (2016, 16) legt Ähnliches fest: «In Fragen der kollektiven Verteidigung ist und bleibt die NATO der primäre Handlungsrahmen.»

Abgesehen vom laufenden Vorsitz Österreichs und der Reaktivierung der Organisation im Krieg in der Ukraine verliert auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Vergleich zur EU an Bedeutung. Die Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrages im Juli 2017 zeigt – Österreichs Diplomatie hatte sich für dieses Anliegen international besonders engagiert –, dass staatliche Verbündete für Friedenspolitik nicht unbedingt in der EU zu finden sind. Gut beraten war Österreich, sich global nach Verbündeten umzusehen und nicht an den von der EU gesetzten politischen und geografischen Tellerrändern mit Denken aufzuhören. Viel zu wenige gouvernementale Abrüstungsfreunde fanden Österreichs DiplomatenInnen innerhalb der EU. Augenscheinlich wird auch, dass die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Neutralen und Paktfreien innerhalb der EU (Österreich, Schweden, Finnland, Irland, Malta und Zypern) nicht ausgeschöpft werden. Um keinen falschen Applaus zu bekommen: Zielsetzung ist ein Internationalismus und kein Zurück zum Nationalstaat.

Trotz aller berechtigten Kritik ist die UNO auch für die Zukunft als das global und integrierend wirkende Forum und Entscheidungsgremium zu betrachten. Die aktuellen geopolitischen und geoökonomischen Machtübergänge (BRICS-Staaten, Schanghai-Organisation, Entwicklungsbank oder Asiatische Infrastruktur Investmentbank) benötigen Dialogmöglichkeiten auf Basis des völkerrechtlichen Gewaltverbots. Mehr militärische Muskeln werden weder die globale Armut reduzieren, noch das Klima retten oder für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Im Sinne der Zielsetzung einer demokratischeren Politik und eines sicherheitspolitischen Pluralismus ist ein Ansatz, die Fokussierung der Aussen- und Sicherheitspolitik auf den Staat und seine Akteure (Militär, Diplomatie, Ministerium etc.) zu reduzieren. Gesellschaftliche Akteure sollten über eine Instrumentalisierung hinaus ein Wesensmerkmal aussenpolitischen Handelns werden.

Neutralität und Präventionsagenda

Neutralität ist nach dem Völkerrechtler Manfred Rotter «im Kern Ausdruck einer Haltung der Kriegsverweigerung». Ein Blick in die Geschichte der Neutralität zeigt, dass diese, insofern sinnvoll, stets im internationalen Kontext ausgelegt wurde und nicht als Legitimation für eine Mentalität, deren Blick nur bis zum eigenen Gartenzaun reicht. In Untersuchung der neutralen bzw. paktungebundenen Staaten innerhalb der EU – Schweden, Finnland, Irland, Malta und Österreich – zeigt sich, dass diese in der Summe betrachtet stets ihre globale Aussenpolitik betont haben, sich für Abrüstung engagierten, aktive Politik im Rahmen der UNO betrieben, sich für Vermittlung und Entspannung einsetzten und den KSZE-Prozess vorantrieben. Zweifellos ist in der heutigen Politik viel davon verloren gegangen.

Die Weiterentwicklung, Erforschung, Erprobung und die Stärkung der institutionellen Basis von zivilen Ansätzen muss auch in der EU vorangetrieben werden. Vorgeschlagen wird hier ein «ziviles Kerneuropa» (Roithner 2015). Partner innerhalb und ausserhalb der EU ergeben sich aus den Aufgabenfeldern: zivile Krisenprävention, Versöhnung, Vermittlungstätigkeit, ziviles Krisenmanagement, Unterstützung und Initiierung von Abrüstung, Begleitung von Friedensprozessen, vertrauensbildende Massnahmen, konfliktsensitive Berichterstattung oder nichtmilitärische Konfliktnachsorge. Dieses zivile Kerneuropa kann im Sinne eines gesamtstaatlichen Ansatzes begriffen werden: enge Abstimmung mit und kritische Mitarbeit in internationalen Organisationen, Unterstützung durch die Forschung, Begleitung und Umsetzung auf gleicher Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft und kritische Beobachtung durch die Medien.

Das österreichische Regierungsprogramm, die Sicherheitsstrategie oder der Leitfaden «Sicherheit und Entwicklung» räumen der Konfliktprävention einen grossen Stellenwert bzw. eine Priorität ein. An einer effektiven Umsetzung mit Strahlkraft scheitert es jedoch. Um ursachenorientierte zivile Prävention effektiv wirksam werden zu lassen, bietet ein breiter Friedensbegriff die Grundlage. Dieser schliesst Fragen wie globale Verteilungsgerechtigkeit, faire Wirtschaftsbeziehungen, Armutsbekämpfung, Klima- und Ressourcenpolitik mit ein. Die Lösung der miteinander verbundenen Problemkreise ist kein Almosenverteilungsprojekt, sondern liegt im gemeinsamen Interesse. Eine Debatte über die Grenzen des ökonomischen Wachstums hat längst auch China erreicht. Eine umfassende Präventionsagenda ist auch ein Beitrag gegen neue Zäune und Mauern in und um Europa.

Angesichts des gegenwärtig mancherorts infrage gestellten Multilateralismus, der Abrüstungsprozesse und des Gewaltverbots sei hier ein visionärer Vorschlag betreffend des österreichischen Bundesheeres unterbreitet. Zielsetzung ist die völkerrechtskonformste Armee der Welt. Österreich stellt der UNO und der OSZE 2000 SoldatInnen für UN-mandatierte Aufgaben permanent zur Verfügung. Dies umfasst militärisches Know-how für Abrüstungsmass-

nahmen, Peacekeeping oder Beobachtungsmissionen. Österreich trainiert und bezahlt dieses Personal und die UNO setzt es mit einem defensiven Mandat ein. Begleitet wird dies von einem zivilen Katastrophenschutz und der Einführung eines Friedensdienstes nach dem deutschen Modell. Politisch setzt sich Österreich für eine zivile Präventionsagenda ein. Kein Staat wäre gegenüber der internationalen Gemeinschaft solidarischer. Für den Rest der Armee gilt Immanuel Kants Zielsetzung aus dem Werk *Zum ewigen Frieden* (1789): «Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören.» Dies ist keineswegs problematisch. Nach Massgabe des Stifters des Friedensnobelpreises soll man nämlich genau dafür einen Friedensnobelpreis erhalten.

Literatur

- Altwater, Elmar / Mahnkopf, Birgit, 2008: Geoökonomie und Geopolitik der europäischen Integration. In: Mader, Gerald / Roithner, Thomas (Hg.): Europäische Friedenspolitik. Inhalte, Differenzen, Methoden und Chancen. Münster/Wien, 298–323
- Bailes, Alyson J. K. / Cottey, Andrew, 2010: Euro-Atlantic security and institutions: rebalancing in the midst of global change. In: Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) (Hg.): Sipri Yearbook 2010. Oxford/New York, 149–174
- Brzoska, Michael, 2008: Der konfliktträchtige Klimawandel – Ein Sicherheitsproblem? In: Heinemann-Grüder, Andreas / Hippler, Jochen / Weingardt, Markus / Mutz, Reinhard / Schoch, Bruno (Hg.): Friedensgutachten 2008. Berlin, 195–206
- Bundesministerium für Finanzen (BMF), 2017: Budget 2017. www.bmf.gv.at/aktuelles/Praesentation_Budget_2017.pdf?5miwx9 (Abfrage: 1.9.2017)
- European Commission, 2017a: A European Defence Fund: Euro 5.5 billion per year to boost Europe's defence capabilities, Press release 7 June. Brüssel
- European Commission (EC), 2017b: Fact Sheet. The European Defence Fund, 7 June 2017. Brüssel
- European Parliament (EP), 2009: Resolution of 19 February 2009 on the European Security Strategy and ESDP. Brüssel
- European Union (EU), 2001: Vertrag von Nizza. www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/de_nice.pdf (Abfrage: 1.9.2017)
- European Union (EU), 2003: A Secure Europe in a Better World. European Security Strategy. Brüssel
- European Union (EU), 2007: Consolidated versions of the Treaty on European Union. Lissabon. eur-lex.europa.eu (Abfrage: 1.9.2017)
- European Union (EU), 2013: Council. Conclusions, 20.12. Brüssel
- European Union (EU), 2016: Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy. Brüssel
- European Union External Action Service (EEAS), 2017a: Security and Defence. eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/area/security-and-defence_en (Abfrage: 1.9.2017)
- European Union, Institute for Security Studies (EUISS), 2004: European Defence – A Proposal for a White Paper. Paris

- European Union, Institute for Security Studies (EUISS), 2017: Yearbook of European Security 2017. Paris
- Federal Chancellery of the Republic of Austria, 2013: Austrian Security Strategy. Security in a new decade – Shaping security. Wien
- Galtung, Johan, 1975: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg
- Galtung, Johan, 1993: Eurotopia. Die Zukunft eines Kontinents. Wien
- Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK), 2017: Conflict Barometer 2016. Heidelberg
- Meier, Ernst-Christoph / Nelte, Klaus-Michael / Huhn, Walter, 2008: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. Deutschland in einem veränderten internationalen Umfeld. Hamburg/Berlin/Bonn
- Mogherini, Federica, 2017: Foreword. In: EU: From Shared Vision to Common Action: Implementing the EU Global Strategy. Year 1. Brüssel
- ORF, 2016: Laufender Betrieb verschlingt Löwenanteil, [22.4.orf.at/stories/2336206/2336204](https://www.orf.at/stories/2336206/2336204) (Abfrage: 1.9.2017)
- Quille, Gerrard, 2006: The EU Battlegroups, European Parliament, Directorate-general for External Policies of the Union, Directorate B, Policy Department. Brüssel
- Rehrl, Jochen / Weisserth, Hans-Bernhard (Hg.), 2010: Lehrbuch GSVP. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union, Publikation des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport. Wien
- Roithner, Thomas, 2015: Marsch ins militärische Kerneuropa. Kommentar der anderen. In: Der Standard, 31.7. 27
- Roithner, Thomas, 2017: Märkte, Macht und Muskeln. Die Aussen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der Europäischen Union. Wien
- Scheer, Hermann, 1993: Sonnenstrategie. Politik ohne Alternativen. München
- Stockholm International Peace Research Institute (Sipri), 2016: Yearbook 2016. Deutsche Zusammenfassung. Berlin

*Helmut Krieger, Magda Seewald,
ViDC (Hrsg.)*

**Krise, Revolte und Krieg
in der arabischen Welt**

2017 - 178 Seiten - 20,00 €
ISBN: 978-3-89691-105-6

Warum konnten sich die Revolten von 2011 im arabischen Raum (bisher) nicht durchsetzen? Inwiefern lässt sich angesichts der Verwüstungen und Kriege überhaupt noch ein Leben in Würde, Freiheit und Gerechtigkeit verwirklichen? Prononcierte Wissenschaftler_innen und Aktivist_innen legen überzeugend dar, wie ökonomische Krisen, konterrevolutionäre Entwicklungen und Krieg im Laufe der letzten Jahre zu umfassenden Verwerfungen geführt haben.



*Axel Weipert, Salvador Oberhaus,
Detlef Nakath, Bernd Hüttner (Hrsg.)*

**„Maschine zur
Brutalisierung der Welt“?**

Der Erste Weltkrieg - Deutungen
und Haltungen 1914 bis heute

2017 - 363 Seiten - 35,00 €
ISBN: 978-3-89691-108-7

Eric Hobsbawm beschrieb den Ersten Weltkrieg als „Maschine zur Brutalisierung der Welt“. Sein Diktum aufgreifend widmen sich die Autor_innen des gleichnamigen Buches aus ganz unterschiedlichen Perspektiven wichtigen, aber bisher oft unterrepräsentierten Themenfeldern. Gefragt wird nach Auswirkungen und Bezugnahmen des Krieges mit Blick auf die politische Linke, die Genese des Nationalsozialismus sowie auf die aktuelle erinnerungspolitische Debatte.

